

An den Vorsitzenden des Kreistags

Herrn

Landrat Dr. Richard Sigel

02.09.2019

### **Antrag der AfD-Fraktion**

Der Kreistag des Rems-Murr-Kreises möge beschließen:

Die „Fachstelle Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention“ wird umbenannt in „Fachstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention“.

Begründung:

Seitdem der Kreistag im Jahre 2017 einen inhaltsgleichen Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt hat, sind Ereignisse eingetreten, die eine erneute Entscheidung gebieten. Wie allgemein bekannt, gab es eine ganze Serie linksextremistischer Übergriffe mit Bezug zu den Kommunalwahlen vom 26. Mai 2019, die geeignet waren, den Wahlkampf erheblich zu stören. Drohungen hatten schon im Vorfeld dazu geführt, dass Bürger aus Furcht nicht bereit waren, für die kommunalen Volksvertretungen zu kandidieren. Daraus wird ersichtlich, dass der Linksextremismus im Rems-Murr-Kreis den Kernbereich der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ganz konkret den Kreistag als Hauptorgan des Kreises bekämpft. Darauf muss dieser reagieren, und insofern ist es unverzichtbar, schon in der Bezeichnung der „Fachstelle“ klarzumachen, dass der Rems-Murr-Kreis gegen jede Form des Extremismus, also auch gegen den Linksextremismus, Stellung bezieht.

Im Folgenden werden die gravierendsten linksextremistischen Übergriffe im Umfeld der Kommunalwahlen aufgeführt:

- 18./19.02.: In Schwaikheim wird der Briefkasten eines AfD-Regionalrats und Kreistagskandidaten zerstört, ein beleidigendes Plakat mit linksextremistischen Parolen wird am Wohnhaus angebracht.
- 27.04.: In Backnang wird ein Wahlkampf-Infostand der AfD von Antifa-Angehörigen eingekesselt. Bei Übergriffen wird ein AfD-Mitglied (der heutige Kreisrat Michael Malcher) leicht verletzt, es kommt zu Diebstahl und es entsteht Sachschaden am Infostand und an Info-Materialien.
- 04.05.: In Fellbach wird ein Wahlkampf-Infostand der AfD von Antifa-Angehörigen eingekesselt. Bei Übergriffen wird ein AfD-Mitglied leicht verletzt, es entsteht Sachschaden an Info-Materialien.
- 04.05.: In Korb wird ein Wahlkampf-Infostand der AfD von Linksextremisten mit einer Schlagwaffe (Teleskopschlagstock) angegriffen. Dabei wird ein AfD-Mitglied mittelschwer (Knochenbrüche), ein weiteres leicht verletzt, es entsteht Sachschaden am Infostand.
- 06./07.05.: Im Landkreis Ludwigsburg wird ein Anschlag auf eine Firma verübt, bei der ein Kreistags- und Backnanger Gemeinderatskandidat der AfD beschäftigt ist. Mehrere Firmenfahrzeuge und eine Mauer werden mit linksextremistischen, beleidigenden Parolen und einem verfassungswidrigen Kennzeichen besprüht, wobei erheblicher Sachschaden entsteht.
- 18.05.: In Schorndorf wird ein Wahlkampf-Infostand der AfD von Antifa-Angehörigen eingekesselt.

## AfD-Fraktion im Kreistag des Rems-Murr-Kreises

- 18.05.: In Burgstetten wird ein Farbanschlag auf das Wohnhaus eines AfD-Kreistagskandidaten verübt, wobei erheblicher Sachschaden entsteht.
- 22./23.05.: In Backnang werden in der Nacht am Wohnhaus eines AfD-Kreistags- und Backnanger Gemeinderatskandidaten Plakate mit beleidigendem, linksextremistischem Inhalt angebracht. Ein gleich geartetes Flugblatt wird in den umliegenden Briefkästen verteilt. Ferner wird ein bengalisches Feuer entzündet.

Weitere strafbare Handlungen, wie Plakatzerstörungen in großem Ausmaß, werden hier nicht im Einzelnen benannt, ohne dass sie damit als normale Form der politischen Auseinandersetzung hingenommen würden.

Es ist keinesfalls im Sinne dieses Antrags, Rechtsextremismus in irgendeiner Form zu relativieren oder zu verharmlosen. Es liegt der AfD-Fraktion des Kreistags fern, die Schwere und Gefährlichkeit rechtsextremistischer Verbrechen, auf Bundesebene bis hin zu Tötungsdelikten in jüngster Zeit, zu bestreiten. Die AfD-Fraktion des Kreistags nimmt sehr wohl auch zur Kenntnis, dass es in Deutschland nach 1993 bisher keine linksextremistischen Anschläge auf das Leben mit vollständigem Taterfolg mehr gegeben hat.

Diese Tatsachen anzuerkennen, darf aber nicht bedeuten, das aggressiv-kämpferische Vorgehen auch von Linksextremisten gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu ignorieren. Die Vorfälle im Rems-Murr-Kreis fügen sich in eine bundesweit erkennbare Bedrohungslage ein:

*„Im zweiten Quartal 2019 kam es durchschnittlich zehn Mal pro Monat zu gewaltsamen Attacken gegen Politiker. Die Polizei registrierte im April, Mai und Juni dieses Jahres insgesamt 31 Fälle von Körperverletzung oder gefährlicher Körperverletzung, die sich gegen Politiker richteten, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht. In 24 Fällen waren Mitglieder der AfD betroffen. Die mutmaßlichen Täter kamen dabei laut Polizeistatistik meist aus dem linken Spektrum. In einigen Fällen konnte der Tathintergrund allerdings nicht klar zugeordnet werden.“* ([spiegel.de/politik/deutschland/afd-politiker-am-staerksten-betroffen-31-gewaltattacken-gegen-politiker-a-1283211.html](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-politiker-am-staerksten-betroffen-31-gewaltattacken-gegen-politiker-a-1283211.html); letzter Zugriff am 02.09.2019)

Die Zusicherung, die Fachstelle werde auch andere Formen des Extremismus als den Rechtsextremismus in den Blick nehmen, hat sich in Bezug auf den Linksextremismus nicht einmal im Jahre 2017, dem Jahr der Hamburger G-20-Ausschreitungen, erfüllt, wie eine Anfrage der damaligen AfD-Kreistagsgruppe ergab. Dies wird sich auch durch eine Umbenennung der Fachstelle nicht einfach ändern. Es ist aber dennoch wichtig, ein sichtbares Zeichen zu setzen, denn es darf nirgends der - sicherlich falsche (!) - Eindruck entstehen, eine Mehrheit des Kreistages toleriere oder unterstütze gar gefährliche Körperverletzung, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Diebstahl, Nötigung usw. als Mittel der politischen Auseinandersetzung, wenn sie von bestimmten politischen Akteuren zulasten bestimmter anderer angewandt werden.

Dagegen ließe der Begriff „Extremismusprävention“ keinen Zweifel daran, dass der Rems-Murr-Kreis, legitimiert durch seine Volksvertretung, jede Form des Extremismus, ob rechts, links oder religiös motiviert, verurteilt und bekämpft.

Im Namen der AfD-Fraktion



Throm, Vorsitzender